

Die Zeitung "Fränkischer Tag" schrieb am 19.05.2006:

**Fränkischer Tag.de**

<http://www.fraenkischer-tag.de>

## "Verhältnisse wie in der DDR"?

**Ärzteprotest Auch in Oberfranken streiken heute Haus- und Fachärzte. Sie warnen vor massiven Verschlechterungen in der Patientenbetreuung.**



von Monika Schmidmeier, FT

BAMBERG - "Wenn Sie weiterhin wohnortnah, individuell und mit hoher medizinischer Qualität von Ärzten versorgt werden wollen, die Sie kennen, dann unterstützen Sie unseren Protest", heißt es auf Flugblättern an die Patienten, die zur Zeit auch in vielen Praxen der Region ausliegen. Die niedergelassenen Mediziner schlagen Alarm, wollen den Patienten verdeutlichen, was die Pläne der Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und ihres Beraters Lauterbach bedeuten würden, sollten sie in die Tat umgesetzt werden. Dafür wollen sie heute ihre Praxen geschlossen lassen, in der Fußgängerzone für ihren Protest werben. Daran beteiligen wird sich auch der Bamberger Chirurg Dr. Franz Pichler. Er ist stellvertretender Vorsitzender des ärztlichen Kreisverbandes Bamberg.

"All die Überlegungen, die man hört, werden zu einer deutlichen Verschlechterung unseres medizinischen Systems führen, das bisher eines der besten auf der Welt ist", warnt er. "Unsere Aktionen dienen dazu, dem Patienten klarzumachen, dass es hier nicht nur um unseren eigenen Geldbeutel geht, sondern darum wie er künftig behandelt wird". Besonders fürchten die Mediziner die Pläne der Politik, die fachärztliche Versorgung künftig in Krankenhausambulanzen und staatlich kontrollierten Gesundheitszentren nach holländischem Vorbild anzusiedeln. Damit würden nicht nur die niedergelassenen Fachärzte - Chirurgen, Orthopäden, Gynäkologen, Zahnärzte, Augen- und HNO-Ärzte - in den Ruin getrieben, warnen sie, sondern die Patienten werden sich anstatt bei ihrem Arzt des Vertrauens in anonymen Versorgungszentren in überfüllten Wartezimmern wiederfinden.

"Der Patient trifft dann nicht mehr auf seinen gewohnten Arzt, der ihn kennt und den er kennt, sondern jedes Mal auf einen anderen", erklärt Pichler. Eine Verschlechterung der Betreuung sei absehbar. "Wir bekommen dann Verhältnisse wie in der DDR mit ihren Polikliniken", prophezeit Pichler. Die Patienten erwarte eine "Wartelistenmedizin": "Die Wartezeiten werden viel länger werden, in manchen Ambulanzen warten Sie ja jetzt schon Stunden."

Sollten sämtliche Patienten, die bisher zu niedergelassenen Fachärzten gehen, in staatliche Ambulanzen umgeleitet werden, werde das für den Einzelnen aber noch andere Folgen haben. "Nur noch die Schwerstbetroffenen werden dann versorgt werden. Alle anderen sollen getröstet oder zu den Hausärzten weitergeschoben werden", so Pichler. Der Chirurg warnt vor dem von der Politik verbreiteten "Märchen von der doppelten Facharztschiene": "Es wird verschwiegen, dass die fachärztliche Tätigkeit in Klinik und Praxis nicht miteinander vergleichbar sind. Was Sie beim niedergelassenen Arzt erhalten, bietet eine Klinik gar nicht an." Wahrer Beweggrund der Politik sei dagegen "die Ausschaltung einer selbstständigen, unbequemen Gruppe".

Doch es geht den streikenden Ärzten noch um mehr. Etwa um das gedeckelte und immer mehr reduzierte Budget für Behandlungen und Medikamente, mit denen sie zurechtkommen sollen. Dieses führe nämlich nicht nur dazu, dass die Ärzte im Schnitt circa 30 Prozent ihrer Leistungen gar nicht mehr honoriert bekommen, weil sie das Budget überschreiten. Sondern künftig sollen auch Mediziner bestraft werden, die mehr verordnen als vorgesehen, mit ihrem Honorar damit haften. "Was machen die Ärzte, die zahlreiche chronisch oder Schwerstkranke betreuen, die viele Medikamente brauchen?" stellt Pichler die entscheidende Frage. "Verordnen sie dann nichts mehr?" Als "perfide" bezeichnet er die neue Bonus-Malus-Regelung, welche die Ärzte belohnt, die wenig verordnen, und die anderen bestraft. "Was das für das Verhältnis zwischen Patient und Arzt zur Folge hat, können Sie sich vorstellen".

Zudem würde er sich mehr Zeit für seine Patienten wünschen und weniger Verwaltungsaufgaben. Pichler: "Ich brauche nochmal genauso viel Zeit nur für Papierkram wie für die Behandlung meiner Patienten". Auch deswegen will er heute auf die Straße gehen.